



Ausgabe 03/2013

DIE REICHEN SOLLEN ZAHLEN!

Steigender Reichtum in den Händen Weniger auf der einen Seite, steigende Armut (trotz Arbeit) und Verelendung auf der anderen Seite – das ist hierzulande der Trend seit mehreren Jahrzehnten. Steuergeschenke für die Reichen, Sozialabbau, Rentenkürzungen und prekäre Arbeitsverhältnisse für uns Lohnabhängige und Erwerbslose – das ist die Politik der Bundesregierung, die allein den Banken und Konzernen verpflichtet ist.

Damit muss Schluss sein, meint das Bündnis UMfairTEILEN, dem Gewerkschaften, Sozialverbände u.a. angehören.

Sie fordern gemeinsam:

„ Jetzt muss endlich übergroßer Reichtum stärker besteuert werden! Wir fordern

- eine dauerhafte Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe möglichst europaweit koordiniert;
- einen konsequenten Kampf gegen Steuerbetrug und Steueroasen, auch auf internationaler Ebene.“

Diese Forderungen werden von uns Kommunistinnen und Kommunisten unterstützt. Das nötige Geld soll dort geholt werden, wo es sich immer stärker konzentriert: bei den Reichen. Darum beteiligen wir uns am 13. April 2013 an den lokalen und überregionalen Aktionen des UMfairTEILEN-Bündnis und rufen zur Teilnahme auf.

Die richtigen Forderungen des UMfairTEILEN-Bündnis nach einer Vermögensabgabe müssen erkämpft werden – gegen die Interessen der Reichen, der Großaktionäre, der Banken und Konzerne. Dabei kann weder auf die Fairness der wirtschaftlichen Eliten noch ihrer politischen Vollstrecker in der Bundesregierung gebaut werden. Sie führen einen konsequenten Klassenkampf von

oben gegen Lohnabhängige und Erwerbslose zur Profitabsicherung der Banken und Konzerne. Wir erinnern daran, dass es SPD und Grüne waren, die massive Steuersenkungen für die Kapitaleseite in ihrer Regierungszeit durchgesetzt haben. Egal, welche Parteien nach der Bundes-



tagswahl an der Regierung sind: Zur Durchsetzung der UMfairTEILEN-Forderungen braucht es außerparlamentarischen Widerstand, Druck von der Straße und die Einbindung in die Auseinandersetzung in den Kommunen gegen die Durchsetzung der Schuldenbremse.

UNSERE Solidarität ist Trumpf

Für unsere Interessen müssen wir auf UNSERE Solidarität setzen. Nur so ist der nötige Druck aufzubauen, um erfolgreich zu sein. Entscheidend ist dabei, dass alle DGB-Gewerkschaften dem Beispiel von ver.di und anderen folgen und sich in das UMfairTEILEN-Bündnis einreihen. Die Forderung nach einer Vermögensabgabe muss eingebunden sein in den gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Angriffe der Kapitaleseite in den Betrieben und in den Kommunen, die mit Hilfe der verordneten sog. Schuldenbremse kaputt gespart werden. In diesem gemeinsamen Abwehrkampf liegt der Schlüssel zum Erfolg.

KNACKPUNKT EIGENTUMSVERHÄLTNISSE

Eine Vermögensabgabe für Reiche kann einen Beitrag leisten, um dringend notwendige Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur, Wohnen und Soziales zu tätigen.

Nur eines kann sie nicht: Die Ursache für steigende Armut einerseits und steigenden Reichtum, konzentriert in den Händen weniger, beseitigen. Denn die Ursache dafür ist nicht die „unfaire“ Verteilung, sondern die kapitalistische Produktionsweise, in der sich die Eigentümer der Produktionsmittel die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit aneignen. Für eine dauerhafte Überwindung der Armut ist eine Überwindung der jetzigen kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse notwendig.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten sagen nicht, dass der langfristige Kampf für die Überwindung des Kapitalismus den Kampf für eine Vermögensabgabe jetzt ersetzt. Wir sagen nur: Die derzeit dringend notwendigen Abwehrkämpfe können nur dann ihre ganze Wirksamkeit entfalten, wenn sie darauf ausgerichtet sind, den Kampf gegen die Ursachen von Massenerwerbslosigkeit, Niedriglöhnen und Verelendung aufzunehmen. Dafür kämpfen wir.

Aktionstag Umfairteilen

Sa, 13.04.2013
Treffpunkt Bergedorf:
um 11.00 Uhr,
am Bergedorfer Markt,
vor Kaffee Timm



30 Stunden sind genug!

Auch der weiteste Weg beginnt mit dem ersten Schritt

Am 2.-3. März 2013 fand in Frankfurt - Mörfelden der 20. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei DKP statt. Dort wurde von den Delegierten ein Beschluss verabschiedet der alle Mitglieder der DKP aufruft für die Einführung der 30-Stunden-Woche zu kämpfen. Ideen, Aktivitäten und Beiträge im Kampf um die Köpfe zu entwickeln und umzusetzen. In diesem Beschluss heisst es unter anderem:

Für die 30-Stunden-Woche - Für ein neues Normalarbeitsverhältnis!

Mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kann die Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung großer Teile der Bevölkerung aktiv beendet, beziehungsweise verhindert werden.

Diese kann nicht allein Sache von Tarifpolitik sein, sondern muss zudem Gegenstand eines gesellschaftlichen Kampfes um gesetzliche (Arbeitszeitgesetz) und tarifvertragliche Regelungen sein. Die Überzeugung der Menschen in Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für dieses Ziel zu kämpfen ist die Voraussetzung für einen Erfolg.

Erreicht werden soll durch die Einführung der 30-Stunden-Woche:

Die Schaffung von bis zu 6 Millionen neuer, derzeit fehlender Arbeitsplätze sowie der Erhalt bestehender Arbeitsverhältnisse.

Es soll ein neues Normalarbeitsverhältnis mit 30 Stunden an höchstens 5 Tagen ermöglicht werden, von dem der Beschäftigte auch leben kann.

Die als Druckmittel missbrauchte industrielle Reservearmee wird dadurch erheblich verkleinert, der Druck auf die Arbeitenden und ihre Gewerkschaften reduziert und ihre Ausgangslage für weitere Kämpfe verbessert.

Jungen Menschen wird durch die 30-Stunden-Woche eine Berufs- und Lebensperspektive ermöglicht.

Leih- und Zeitarbeit sowie Werkverträgen als besondere Form der Erpressung von Arbeitnehmern durch das Kapital würde sukzessiv der Boden entzogen.



Die Durchsetzung und Kontrolle der Umsetzung ist mit einer im Vergleich zu heute erweiterten Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte und Personalräte zu sichern.

Der Reichtum unseres Landes, die steigende Produktivität und die Gewinne der Unternehmen erlauben den Schritt zur Arbeitszeitverkürzung auf die 30 Stunden pro Woche.

Den arbeitenden Menschen muss wieder zeitlicher Freiraum für Familie und Erholung, kulturelles Leben wie auch gewerkschaftliches und politisches Engagement ermöglicht werden.

Es ist Zeit für eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Das Erreichen einer 35-Stunden-Woche kann nur ein Zwischenschritt sein.

Der Beschluss ist nachzulesen unter www.dkp.de/20.Parteitag



1. Mai 2013

am 02. Mai 2013 jährt sich zum achtzigsten Mal der Tag, an dem die Nazis die Gewerkschaften verboten. Alle Besitztümer wurden beschlagnahmt und viele aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden daraufhin verhaftet und in die Zuchthäuser und KZs verbracht. Sehr viele von ihnen verloren ihr Leben oder haben sich hiervon ihr Leben lang nicht mehr erholt.

Bereits bevor dies geschah hatten die Nazis die Kommunistische Partei Deutschlands verboten und deren Mitglieder in die KZs gesperrt. Auch der Blutzoll der Kommunisten war unsagbar hoch.

Die historische Lehre dieser Zeit war nicht nur für uns Kommunisten, dass es erst der Bruderkampf zwischen den Arbeiterorganisationen war, der dem braunen Spuk dies ermöglichte. Eine Lehre für uns Kommunisten aus dieser Zeit ist die bedingungslose – wenn auch nicht unkritische – Unterstützung der Einheitsgewerkschaften.

Der 1. Mai in Bergedorf

10 Uhr Demonstration

Start: Lohbrügger Markt
Mit der Gruppe „Sambawelle“ aus Bergedorf

11 Uhr Kundgebung

Redner: Klaus Bullan, Vorsitzender GEW Hamburg
Ernst Heilmann, Ortsvorsitzender DGB Bergedorf
Arne Dornquast, Bezirksamtsleiter

Kurzbeiträge von den Bürgerinitiativen „Frackingfreies Hamburg“ und „Unser Wasser“

Umrahmt von der Band „Rock die Straße“

Impressum: Bergedorfer Utsichten

herausgegeben von der

DKP Bergedorf

e-Mail: dkp-bergedorf@t-online.de

Tel: 0176 69 33 33 98

ViSDP: O. Harms, Magda-Thürey-Zentrum Lindenallee 72. 20259 Hamburg, Tel. 040 480 49 00